

Griechenland

Peter A. Zervakis

Bei den auf Anfang Oktober vorgezogenen Parlamentswahlen erlebte der konservativ-liberale Premier Kóstas Karamanlís, Neffe des gleichnamigen ersten Premiers nach der Diktatur (1974-1080) und späteren Staatspräsidenten (1980-1985), eine unerwartet deutlichere Niederlage, als es der Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni bereits angedeutet hatte: Die griechischen Wähler strafte seine bisher regierende Nèa Dimokratía (ND) mit dem schlechtesten Ergebnis seit ihrer Gründung 1974 ab. Der Vorsprung der sozialistischen PASOK zur ND macht beinahe 10, 5 Prozent aus (zu den Ergebnissen vgl. Tabellen 1 und 2). Die altstalinistischen Kommunisten (KKE) unter Aléka Papatríga konnten sich mit geringen Verlusten als drittstärkste Partei behaupten ebenso wie das Bündnis der Revolutionären Linken, die im Parlament verblieben. Dagegen kamen die Verluste der ND auch der LAOS zugute. Die rechtsextreme, nationalistische Orthodoxe Volkssammlung erzielte unter der Führung des 2000 aus der ND ausgeschlossenen Abgeordneten und Gründers, Geórgios Karatzaféris, mit 15 Parlamentssitzen (5,63%) ihr bislang bestes Ergebnis seit 2007, als erstmals 10 ihrer Mitglieder (3,79%) in das Parlament (Vouli) einzogen. Die Ökologen/Grüne scheiterten diesmal trotz Stimmenzugewinn knapp an der Drei-Prozent-Hürde (2,53%).

Tabelle 1: Offizielles Endergebnis der griechischen Parlamentswahlen vom 5.10. 2009

	2009		16.9. 2007	
Wahlberechtigte	9 993 385		9 921 893	
Wahlbeteiligung	70, 92 Prozent		74, 14 Prozent	
Parteien	in Prozent	Sitze (300)	in Prozent	Sitze (300)
PASOK	43, 92	160	38, 10	102
ND	33, 48	91	41, 83	152
KKE	7, 54	21	8, 15	22
LAOS	5, 63	15	3, 79	10
SYRIZA/SYN	4, 60	13	5, 04	14
Ökologen	2, 53*	–	1, 05*	–

* Der Gesetzgeber sieht seit 1993 eine 3%-Sperrklausel für den Einzug von Parteien in das Parlament vor.

ND = Nèa Dimokratía (Neue Demokratie)

PASOK = Pánellinio Sosialistikó Kínima (Panhellenische Sozialistische Bewegung)

KKE = Kommounistikó Kómma Elládas (Kommunistische Partei Griechenlands)

SYRIZA / Synaspismós Rizospastikí's Aristerás (Bündnis der radikalen Linken) /

SYN = Synaspismós tis Aristerás ton Kinimáton kai tis Oikologias (Verband der linken Bewegungen und der Ökologie)

LAOS = Laikós Orthódoxos Synargermós (Sammlung der Volksorthodoxie)

Quelle: Peter A. Zervakis: Griechenland, in: Weidenfeld W. / Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008, S. 364 und Peter A. Zervakis / Gustav Auernheimer: Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 4. Aufl. 2009, S. 819-868, 842, Wikipedia: Elections in Greece, in: http://en.wikipedia.org/wiki/Elections_in_Greece.

Tabelle 2: Offizielles Endergebnis der griechischen Wahlen zum Europäischen Parlament vom 7. Juni 2009

	2009		2004	
Wahlbeteiligung	52, 63 Prozent		63, 20 Prozent	
Griechische Abgeordnete	22		24	
Parteien	in Prozent	Sitze (732)	in Prozent	Sitze (732)
PASOK (SPE)	36, 64	8	34, 03	8
ND (EVP-ED)	32, 29	8	43, 02	11
KKE (VEL/NGL)	8, 35	2	9, 48	3
LAOS (Unabhängige)	7, 14	2	4, 12	1
SYRIZA / SYN (VEL/NGL)	4, 70	1	4, 16	1
Ökologen	3, 49	1	0, 61*	–
Anderer**	7, 38	–	5, 19	–

* Der nationale Gesetzgeber sieht seit 1993 eine 3%-Sperrklausel auch für den Einzug von griechischen Parteien in das EP vor.

** Splintergruppen

Quelle: Peter A. Zervakis: Griechenland, in: Weidenfeld W. / Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, S. 342; Wikipedia: European Parliament Election, 2009 (Greece), in: [http://wapedia.mobi/en/European_Parliament_election_\(Greece\)](http://wapedia.mobi/en/European_Parliament_election_(Greece)).

Die neue Regierung unter Premier Giórgos Papandréou

Am Tag nach der Wahl erhielt der klare Wahlsieger Giórgos Papandréou, ältester Sohn des Gründers der PASOK und langjährigen Premiers Andréas Papandréou (1981-1989, 1993-1996), vom Staatspräsidenten Karólos Papoúlias den Auftrag zur Regierungsbildung. Mit seiner Parole im Wahlkampf „Marschieren wir gemeinsam“ kehren die Sozialisten nach fünfeinhalb Jahren wieder an die Regierung zurück. Niemand hatte erwartet, dass sie in 50 von 56 Wahlkreisen die Mehrheit gewinnen würden. Im neuen Kabinett führt Papandréou selbst auch das Außenamt, um endlich die griechisch-türkische Annäherung, die er 1999 als neuer Außenminister im Kabinett Simítis (PASOK) mit seinem türkischen Amtskollegen, Ismail Cem, initiiert hatte, weiter voranzubringen. Darüber hinaus hat er überraschenderweise mehrere wichtige Ressorts mit Vertrauten aus der „alten Garde“ seines Vaters besetzt: Allen voran ernannte er den ehemaligen Außenamtschef und „enfant terrible“ Theóodoros Pángalos zum stellvertretenden Regierungschef. Evángelos Venizélos, der Ende 2007 in einer Kampfabstimmung die Führungsfrage stellte, wird Verteidigungsminister. Das Finanzministerium ging an Geórgios Papakonstantínou, Wirtschaftsberater des Reformers Simítis.

Ob die neue griechische Regierung, die ihre erste Vertrauensabstimmung im Parlament noch im Oktober zu überstehen hat, erfolgreicher als die alte sein wird, ist ungewiss, sie wird aber kleiner und weiblicher sein. Mehrere wichtige Ressorts werden von erfahrenen, durchsetzungsstarken Frauen geleitet. Erziehungsministerin wird die ehemalige langjährige EU-Kommissarin Anna Diamantopóulu. Auch erfüllte Papandréou unverzüglich ein Wahlversprechen und schaffte ein eigenständiges Umweltministerium, das er der jungen PASOK-Abgeordneten Tina Birbili übertrug. Wirtschaftsministerin wird Louka Katséli, die Anfang der 1990er wirtschaftspolitische Beraterin seines Vaters war, als dieser mit der hemmunglosen Staatsverschuldung begann. Nicht zuletzt hatte Papandréou mit dem Ver-

sprechen die Wahl gewonnen, ein drei Milliarden Euro schweres Maßnahmenpaket aufzulegen, um die Wirtschaftskrise unter anderem mit der Anhebung von Löhnen und Gehältern anzukurbeln. Katséli wird bald mit Papakonstantinou öffentlich darlegen müssen, ob und wie diese in Aussicht gestellten Wahlgeschenke mit der längst überfälligen Sparpolitik vereinbar sind.

Die Wähler machten Karamanlís mit zweijähriger Verspätung alleine verantwortlich für die Verschlechterung der Wirtschaftslage wegen des Scheiterns seiner versprochenen Reformpolitik, für die Vertuschung diverser Skandale und politischer Unkorrektheiten einiger seiner Minister, für die Nichteinhaltung von Wahlversprechen und für die großen Waldbrände in diesem Sommer. Noch in der Wahlnacht trat er von seinen Ämtern als Regierungs- und Parteichef zurück. In einem Monat wird ein außerordentlicher Parteikongress über seine Nachfolge entscheiden. Gute Chancen werden der bisherigen Außenministerin, Dóra Bakojánni, der Tochter des ehemaligen ND-Premiers und Widersachers von Karamanlís, Kóstas Mitsotákis, eingeräumt. Nie gab es mehr personelle Kontinuitäten. Papandréou wird seine Minister zu einem Neuanfang drängen müssen. Doch sind viele von ihnen altbekannte Politprofis, die noch den alten PASOK-Kadern aus den 1990er entstammen und die institutionellen Schwächen des Landes mit verursacht haben.

Modernisierungsdruck und Anpassungskrise

Die Probleme, vor denen Papandréou steht, erscheinen heute unlösbar, weil noch jede ernsthafte Reform- und Modernisierungspolitik am dysfunktionalen und personell überbordenden Staat, der von der korrumpierenden Klientelwirtschaft und europäischen Subventionen abhängt, gescheitert ist. Die Aufnahme Griechenlands in die EU sorgte nach der Transition des Landes von der Diktatur zur Demokratie für die Festigung der demokratischen Institutionen und Prozesse im Land und gab ein neues Gefühl von Sicherheit und Wohlstand sowie von internationaler Bedeutung im Verbund. Der griechische Europäisierungsprozess hat jedoch bisher noch nicht die fundamentalen klientelistischen Netzwerke zwischen politischen Führern, Parteien, Staat und Gesellschaft/Wählern entscheidend durchbrechen können. Dadurch wird der Staatsapparat immer noch weitgehend den politischen Parteien beherrscht, die wiederum die sozioökonomischen Interessengruppen (Gewerkschaften) beherrschen und eine geschlossene korporatistische Sozialstruktur bedingen. Daher sollte die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Identifikation mit Europa die vollständige Modernisierung der politischen Parteien auf Kosten der charismatischen Parteiführer und ihres Klientelismus sein.

Dieser Prozess hat bereits begonnen und manifestiert sich gegenwärtig in der neu entstandenen „Identitäts- und Anpassungskrise“ bzw. Konfliktlinie zwischen einerseits Modernisierern bzw. Europäisierern und andererseits Traditionalisten, die quer durch beide Großparteien und den von ihnen kontrollierten gesellschaftlichen Institutionen führt. Diese Konstellation ist nicht zufällig Folge der nachhaltigen Europäisierung, die zu einer zunehmenden programmatischen Konvergenz zwischen den beiden Volksparteien auf Kosten der rhetorischen Polarisierung geführt hat. Da die deklaratorische Politik aufgrund der wirtschaftlichen Sachzwänge an Wirkung eingebüßt hat, ist die Stellung der Parteien im politischen System Griechenlands schwächer geworden und man spricht von der „Sklerose des Parteiensystems“, was zu einem Vertrauensverlust bei den Wählern geführt hat mit der Folge eines dramatischen Rückgangs der Wahlbeteiligung (von 82% im Jahr 1981 auf 70,92% in 2009) trotz gesetzlicher Wahlpflicht.

Darüber hinaus greifen die Integrationsdynamik und der beispiellose Modernisierungsdruck seit den Ratifikationsdebatten um die europäischen Verträge auch auf den Wandel in der griechischen Verwaltung und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft über. Als Folgen davon werden die Autonomie und die Transparenz der Gesellschaft durch die Schaffung neuer, unabhängiger gesellschaftlicher Institutionen (Bürgerbewegungen, Umweltschutzgruppen) gestärkt. Der Bezugspunkt für die Netzwerkaktivitäten all dieser gesellschaftlichen Gruppen ist die Politik und der *aquis communautaire* der EU. Die Beteiligung an gemeinschaftlichen Verfahren und Institutionen der EU könnte folglich langfristig das traditionelle Klientensystem schwächen, die Dezentralisierung durch Regionalisierung und kommunale Selbstverwaltung stärken sowie die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik dem ausschließlichen Zugriff des Regierungschefs weiter zugunsten der parlamentarischen Regierungsmehrheit entziehen.

Weiterführende Literatur

- Auernheimer, Gustav: Proteste in Griechenland: Beginn einer sozialen Bewegung?, in: *Südosteuropa* 56 (2008), 4, S. 572-583.
- Asderaki, Foteini: The Impact of the Bologna Process on the Development of the Greek Quality Assurance System, in: *Quality in Higher Education* 15 (2009), 2, S. 105-122.
- Egner, Björn/Terizakis, Georgios (Hrsg.): *Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder*, Baden-Baden (Nomos) 2009 (i. E.).
- Pappas, Takis S.: Patrons against partisans: the politics of patronage in mass ideological parties, in: *Party Politics* 15 (2009), 3, S. 315-334.
- Schlötzer-Scotland, Christiane: Die griechische Wut: Gründe und Folgen von Protesten und Gewalt, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 49 (2009), 1, S. 76-62.
- Schrammeyer, Klaus: Von der „Mazedonischen Frage“ zur „Griechischen Frage“, in: *Europäische Rundschau* 37 (2009), 1, S. 49-68.
- Stefanidis, Alexander/K. Schrittmatter: Das organisierte Gebrechen, in: *SZ* vom 2.10.2009, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/348/489733/text/print.html>.
- Zervakis, Peter A./Auernheimer, Gustav: *Das politische System Griechenlands*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Aufl. 2009, S. 819-868.
- Wikipedia: Greek legislative election, 2009, in: http://en.wikipedia.org/wiki/Greek_legislative_election_2009.